

Antrag 16/I/2022**Abt. 04/78 (CharlWilm)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Für die Zeitenwende braucht es ein neues Grundsatzprogramm der SPD!**

1 Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24.2.2022
2 hat die Ordnung der Welt verändert und sofortige Maß-
3 nahmen der Bundesregierung gefordert, die mit unseren
4 Grundsätzen – wie zum Beispiel keine Waffenlieferun-
5 gen in Krisengebiete zu erlauben – zuvor kaum verein-
6 bar schienen. Das schnelle Handeln, die Waffenlieferun-
7 gen und der wirtschaftliche Boykott waren und sind not-
8 wendig. Der innerparteiliche und gesellschaftliche Dis-
9 kurs über die von Bundeskanzler Olaf Scholz zurecht pro-
10 klamierte „Zeitenwende“ dürfen deshalb aber nicht aus-
11 bleiben.

12
13 Gerade auch, weil eine Zeitenwende nicht nur die Außen-,
14 Sicherheits- und Friedenspolitik betrifft, sondern auch die
15 sozial-ökologische Klimawende, die Digitalisierung und
16 Transformation der Arbeitswelt und die damit einherge-
17 hende Notwendigkeit eines neuen Sozialstaatssystems.

18
19 Um den Wandel demokratisch, multilateral, wehrhaft und
20 friedlich sowie unbedingt auch sozial gerecht zu gestal-
21 ten, ist in der SPD eine breit angelegte Debatte über die
22 Grundsätze sozialdemokratischer Politik nötig.

23
24 Der Parteivorstand wird deshalb aufgefordert dazu
25 einen breiten Informations- und Beteiligungsprozess
26 der gesamten Partei zur Erarbeitung eines neuen SPD-
27 Grundsatzprogramms in Gang zu setzen.

28
29 **Begründung**

30 In seiner Regierungserklärung vom 27.2.2022 hat Bundes-
31 kanzler Olaf Scholz von einer Zeitenwende gesprochen, in
32 der wir leben. Insbesondere der Angriffskrieg Russlands
33 gegen die Ukraine hat die sicher geglaubte europäische
34 und weltliche Ordnung ins Wanken gebracht und forderte
35 ein schnelles Handeln auch der Bundesrepublik Deutsch-
36 land in Absprache mit den internationalen Partnern. Da-
37 bei wurde unter anderem der Grundsatz auf Waffenliefe-
38 rungen in Krisengebiete zu verzichten, gebrochen und ein
39 Sonderetat in der Höhe von 100 Mrd. Euro für die Ausrüs-
40 tung der Bundeswehr im Grundgesetz festgeschrieben.
41 Diese Maßnahmen sind zu unterstützen, fordern aber ei-
42 ne breite Debatte.

43 Nicht nur, dass die Grundsätze sozialdemokratischer Au-
44 ßenpolitik im 21. Jahrhundert offenbar überdacht und er-
45 neuert werden müssen. Diese Zeitenwende betrifft ge-
46 nauso alle anderen politischen Bereiche wie die sozial-
47 ökologische Wende, das Arbeitsleben sowie den Sozial-

48 staat und hat enorme Konsequenzen für die kommenden
49 Generationen.
50 Der Rückgriff auf ein Vokabular und Handlungsanweisun-
51 gen aus dem Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts, können
52 nicht mehr als Gedankenkrücken sein, denn die Welt und
53 die internationalen Beziehungen haben sich in den letz-
54 ten 30 Jahren grundlegend verändert.
55 Sowohl die kriegерische Aggression Russlands, als auch
56 die drohende Klimakrise, die nur international abgewen-
57 det werden kann, fordern eine genaue Überprüfung unse-
58 res Grundsatzprogramms, um weiterhin eine zukunftsori-
59 entierte Politik entwerfen zu können.
60